

die Geschichte der Privilegienform gegeben und dann die Privilegienpraxis behandelt werden. Hierauf wäre die Privilegienlehre und das Privilegienrecht zu entwickeln, wofür durch diese Lindnersche Arbeit hinsichtlich der Kanonistik bis auf Johannes Andreä die, weil vornehmlich mit ungedrucktem Material zu leistende, besonders schwierige Hauptarbeit getan sein dürfte. Natürlich müßte aber die Lehre und das Recht des Privilegs darüber hinaus verfolgt werden, zunächst im kanonischen, dann aber auch im weltlichen Recht. Und dann wäre darzustellen, wie im Verfolg der mittelalterlichen und nachmittelalterlichen Entwicklung das Ausnahmerecht das Regelrecht völlig überwucherte und in den Hintergrund drängte, sodaß schließlich der ganze Rechtshimmel voller Privilegien hing, fast alles Recht in das Gewand von Privilegien sich kleidete, bis die französische Revolution, bei uns aber eigentlich erst das Jahr 1848 und die von ihm in Gang gebrachte Bewegung dem Privileg und dem Ausnahmerecht ein Ende machte und das Regelrecht zum Siege führte. Gewiß keine leichte Arbeit, jedenfalls keine für einen Anfänger, sondern eine für einen bewährten Forscher. Denn sie würde hinauskommen auf eine Rechtsgeschichte der neueren Zeit unter dem Gesichtspunkte des Privilegs, und sie würde bei entsprechender Ausführung, und wenn dem Bearbeiter die erforderliche Tiefe und Weite des Blickes eigen wäre, ein rechtshistorischer Wurf ersten Ranges werden. Hoffen wir, daß einer unserer jüngeren Fachgenossen den Mut findet, statt längst betretene Wege einmal einen solchen neuen zu gehen, und daß uns in absehbarer Zeit diese Rechtsgeschichte im Zeitalter des Privilegs geschenkt werde.

Ulrich Stutz.

Eugen Mack, Die kirchliche Steuerfreiheit in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung. Von der juristischen Fakultät der Universität Tübingen gekrönte Preisschrift (a. u. d. T.: Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, 88. Heft). Stuttgart, F. Enke 1916. XII, 288 S. 8°.

Das Buch, das hier zur Anzeige gelangt, ist eine sehr verdienstliche Erstlingsarbeit. Sein Verfasser Eugen Mack, Priester und Stadtarchivar zu Rottweil (Württemberg), ist ein Schüler von G. v. Below und von S. Rietschel. Das Ganze ist aus einer von der juristischen Fakultät zu Tübingen gekrönten Preisschrift hervorgegangen; der Anfang (Einleitung und erster Teil, S. 1—54) ist auch als Doktordissertation der philosophischen Fakultät zu Tübingen unter dem Referat J. Hallers erschienen („Die Kirchen- und Reichsgesetzgebung über die geistliche Steuerfreiheit im späteren Mittelalter“, 1916), und der Einfluß Hallers macht sich ebenfalls, namentlich im ersten Teil, geltend. Am meisten dürfte aber, der äußeren und inneren Struktur des Werkes nach, Below

auf den Verf. gewirkt haben. Auch die Fülle der Anmerkungen, in denen eine reiche Literatur vor uns ausgebreitet wird, erinnert an diesen Meister. Freilich sind hier gewisse Unausgeglichenheiten vorhanden. Oft gehen die Literaturangaben sehr ins Breite und führen Schriften auf, die zum mindesten nur in einem losen Verhältnis zu dem behandelten Stoff stehen oder auch völlig überflüssig sind; man vergleiche etwa S. 143 zu dem Satz, der Italien das „Land der Städte“ nennt, die Anm. 1, wo A. Meisters „Hohenstaufen im Elsaß“ sowie ein Aufsatz „Vergehen und Entstehen“ von J. v. Pflugk-Harttung zitiert werden. An anderen Orten dagegen wären wohl auch Ergänzungen erwünscht gewesen, so z. B. die Jahrbücher von Meyer v. Knonau zu S. 8 Anm. 1 und das noch zu nennende Buch von G. Wolf. In manchen Äußerlichkeiten zeigt sich gelegentlich noch die ungeübte Hand des Anfängers. Das Prinzip, die zitierten Werke da, wo sie zum erstenmal vorkommen, mit vollem Titel, später nur noch abgekürzt anzuführen, die erste Stelle aber im Register zu vermerken, wird nicht streng durchgeführt, und die vielbenutzten Landtagsakten von Jülich-Berg (herausg. von Below) werden, soweit ich sehen kann, überhaupt nirgends voll zitiert. Zeitschriften werden bald mit ganzem Namen, bald mit wechselnden Abkürzungen bezeichnet (man verfolge etwa die Benennung der Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung S. 10 Anm. 2, 11 Anm. 2, 21f. Anm. 5 usw.), und auch an bibliographischen Unmöglichkeiten fehlt es nicht (Ficker-Puntschart S. 44 Anm. 2). Störend wirken im Text die Zitate aus Quellen, die ohne äußere Kennzeichen (Anführungsstriche) gebracht werden, besonders mittelhochdeutsche Zitate (wie S. 69), die überhaupt nicht so ohne weiteres als allgemein verständlich angesehen werden sollten. Nicht weniger als viermal zitiert der Verf. das Wort eines Mönchs vom Basler Konzil: „Wo das gelt krachet, do brisst der sach der rugk ab“ (S. VII, 76, 124, 142); einmal mit Übersetzung wäre besser gewesen. Die „Synode von Prag zu Gnesen“ (S. 129) ist ein Unding (es muß heißen: Synode der Kirchenprovinz Gnesen zu Breslau). Mißverständlich, schrecklich verschachtelt oder auch ganz unklar sind nicht selten die Anmerkungen (z. B. S. 8 Anm. 1, 14 Anm. 2, 21f. Anm. 5, 42f. Anm. 1, 129 Anm. 1). Doch das sind alles einzelne Ungeschicklichkeiten oder Entgleisungen, die gegenüber der Gesamtleistung wenig bedeuten, und denen auch im Äußeren sehr erhebliche Aktiva, wie das im allgemeinen recht gute Register, gegenüberstehen.

Es ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Immunität, was uns in dem Buch geboten wird. Der Verf. behandelt nicht die Immunität im allgemeinen, sondern nur die Steuerimmunität der Kirche in Deutschland seit der Dekretalengesetzgebung, die sich auf dem 3. Laterankonzil (1179) zum erstenmal grundsätzlich mit der Frage beschäftigt hat. Unter Steuerimmunität ist zu verstehen „die Freiheit der Kirche, ihrer Personen und Güter von jenen Abgaben und Leistungen an die öffentliche Gewalt, welche von dieser auf Grund der hohen Gerichtsbarkeit gefordert werden“ (S. 3). Wie die Steuerimmunität von der Kirche verlangt, vom Reich bewilligt, aber durch die Stände (Landesfürsten

und Städte) im 13. bis 15. Jahrhundert tatsächlich vereitelt worden ist, das bildet den Inhalt des Buches. Die Verhältnisse in der Neuzeit sind ausgeschlossen (was aus dem Titel nicht zu ersehen ist). An allgemeinen, die ganze Kirche oder das ganze Reich betreffenden Vorarbeiten war nicht eben viel vorhanden. Die alte Schrift des vorderösterreichischen Kanonisten Josef Anton Stefan v. Riegger „Von dem Rechte der Landesfürsten, geistliche Personen und Güter zu besteuern“ (1769, n. Aufl. 1770) ergab wenig. Fruchtbar dagegen erwiesen sich die neueren Werke von Ad. Gottlob, Die päpstlichen Kreuzzugssteuern des 13. Jahrhunderts (1892), Hans Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit (1913) und Alb. Werminghoff, Die deutschen Reichskriegssteuergesetze von 1422 bis 1427 und die deutsche Kirche (1916). Für die Amortisationsgesetzgebung war neben dem grundlegenden Buch von Wilh. Kahl, Die deutschen Amortisationsgesetze (1879) u. a. die Antrittsvorlesung von H. Henrici, Über Schenkungen an die Kirche (1916) heranzuziehen. Dazu kam natürlich die allgemeine kirchenrechtliche Literatur (Thomassin, Phillips, Hinschius, Sägmüller usw.) sowie die verfassungsgeschichtlichen Werke, von denen der Verf. namentlich die Bücher von G. v. Below (Territorium und Stadt, 1900; Der deutsche Staat des Mittelalters, Bd. 1, 1914), A. Werminghoff (Gesch. der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter, Bd. 1, 1905) und H. Spangenberg (Vom Lehnstaat zum Ständestaat, 1912) mit Erfolg heranzieht, während er aus der Deutschen Verfassungsgeschichte von Waitz, obgleich sie das spätere Mittelalter nicht mit umfaßt, noch manchen Hinweis hätte entnehmen können. Vor allem aber hätte der Verf. für sein Thema sehr viel finden können bei Gustav Wolf, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation (Bd. 1, 1899, Bd. 2, 1. Abt., 1908), woselbst, was man dem Titel freilich nicht ansieht, die Entwicklung der landesfürstlichen Rechte im späteren Mittelalter in selbständiger und fruchtbarer Weise zur Darstellung gelangt ist.

Ungleich mehr als die allgemeinen Werke boten die Untersuchungen zur territorialen und lokalen Finanz- und Steuergeschichte, und hier war schon das Zusammentragen einer weitverzweigten Literatur und ihrer Ergebnisse ein zweifelfreies Verdienst. Diese Literatur ist für Territorien und Städte gleich reichhaltig. Das städtische Abgaben- und Geldwesen ist seit der grundlegenden Arbeit von K. Zeumer (Die deutschen Städtesteuern, 1878) ein viel behandeltes Problem. W. Stieda (Städtische Finanzen im Mittelalter, Jahrbücher für Nationalökonomie Bd. 72, 1899), S. Rietschel (Das Burggrafenamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten, 1905), Alfr. Schultze (Stadtgemeinde und Kirche im Mittelalter, in der Festschrift f. R. Sohm, 1914) haben es weiter gefördert, ganz besonders aber greift hier die Lokalforschung ein mit Untersuchungen wie den ergebnisreichen Büchern von G. Schönberg über Basel (1879, von Mack zweimal als „epochemachend“ gepriesen, S. 14 Anm. 1 und S. 188) und von E. Schiller über Goslar (1912) oder auch mit der Ausgabe wichtiger Quellen wie der Chronik des Bamberger Immunitätenstreites von A. Chroust (1907) oder der Basler Jahresrech-

nungen von B. Harms (Bd. 1, 1909). Über die schwäbischen Reichsstädte hat der Verf. selbst noch eine Spezialarbeit in Vorbereitung (S. 146 Anm. 3). — Die territorialgeschichtliche Literatur begann vor bald einem halben Jahrhundert mit einem Aufsatz von Joh. Falke über Bete, Zise und Ungeld im Kurfürstentum Sachsen (Mitteilungen des Kgl. Sächs. Vereins f. Erforschung vaterländischer Gesch.- u. Kunst-Denkmale 19, 1869) und brachte seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine reiche Fülle von Untersuchungen. So handelten über das Steuerwesen in Bayern L. Hoffmann (1883) und E. Baasch (Diss. Marburg 1888); über die direkten Staatssteuern in Jülich-Berg G. v. Below in Aufsätzen (Zeitschr. des Bergischen Gesch.-Vereins 1890 u. 1892), die kurz vor Belows ergiebiger Ausgabe der Landtagsakten von Jülich-Berg erschienen sind. Die Bedeverfassung der Mark Brandenburg schildert O. Merklingshaus (Forschungen zur brandenb. u. preußischen Gesch. 1895). Mit den Steuern in Mecklenburg beschäftigen sich die Marburger Dissertation von M. Brennecke (1900) und ein Aufsatz von F. Techen (Jahrb. d. Vereins f. mecklenb. Gesch. 1902); mit denen in Braunschweig-Lüneburg eine Kieler Dissertation von H. Sonnenkalb (1908). Über Steuerpflicht und Immunität im Herzogtum Österreich handelt der grundlegende Aufsatz von A. Dopsch in dieser Zeitschr., Germ. Abt. 26 (1905), wozu auch seine Einleitung zur Ausgabe der Österreichischen Urbare und verschiedene kleinere Studien von Dopsch heranzuziehen sind. Die Geschichte der direkten Steuern in Steiermark schrieb der Freiherr Franz v. Mensi (1910). Bei der Bedeutung der Vogteirechte für die kirchlichen Abgaben ist es erfreulich, daß wir in dem Buch von A. Heilmann, Die Klostervogtei im rechtsrheinischen Teil der Diözese Konstanz (1908) wenigstens für ein kleines Gebiet eine gute Darstellung haben. Dazu kämen dann natürlich die allgemeinen Landesgeschichten, von denen der Verf. besonders die Österreichische Rechtsgeschichte von A. Luschin v. Ebengreuth herangezogen hat, wobei man zweifeln kann, ob nicht die entsprechenden Werke für andere Territorien etwas vernachlässigt sind. Ergiebig erwiesen sich ferner die Untersuchungen über die Hof- und Zentralverwaltung bei den Wettinern (von H. B. Meyer, 1902) und in der Mark Brandenburg (von H. Spangenberg, 1908) sowie die Schilderungen der landesfürstlichen Kirchenpolitik in Österreich (von H. v. Srbik 1904), in Jülich-Berg (von O. R. Redlich 1907) und in Sachsen (von R. Zieschang, Diss. Leipzig 1909). Auch hier wäre eine Ausdehnung der Untersuchung auf andere Territorien wohl noch möglich gewesen.

Mack teilt sein Buch in zwei Teile, von denen der erste, kürzere, die Gesetzgebung der Kirche und des Reiches zur Darstellung bringt, der zweite, mühsamere, die so ganz anders gestaltete Praxis in den Territorien betrachtet. Die Forderung der Kirche, von staatlichen Abgaben frei zu sein, erscheint als ein Ausfluß der kanonischen Anschauung von der päpstlichen Eigenkirche, wonach der Papst als Obereigentümer des gesamten Kirchenguts auftritt. Der kirchliche Standpunkt wird in der „Schlußbemerkung“ folgendermaßen zusammengefaßt und be-

urteilt: „Auf Grund der obersten Jurisdiktion nahm das Papsttum das Alleinbesteuerungsrecht des Kirchengutes und der kirchlichen Personen für sich in Anspruch. Tatsächlich besteuerte es die Kirche in einzigartiger Weise und untersagte ganz logisch gleichzeitig deren Besteuerung durch andere Gewalten. Dadurch, daß es selbst Steuern erhob, ging es wie diese mit der ganzen Zeitentwicklung, durch das Verbot dagegen hielt es an Verhältnissen fest, die gerade jetzt überwunden wurden“ (S. 242).

Die kirchliche Gesetzgebung ist folgendermaßen vor sich gegangen. Das 3. Laterankonzil (1179) hat die Besteuerung der kirchlichen Güter und Personen durch die öffentliche weltliche Gewalt allgemein untersagt, nur eine außerordentliche Besteuerung im Fall echter Not oder gemeiner Wohlfahrt zugelassen, wobei die Entscheidung darüber, ob ein solcher Fall vorliege, dem Bischof und Klerus vorbehalten wurde. Das 4. Laterankonzil (1215) hat diese Bestimmungen wiederholt, noch schärfer gefaßt und vor allem die außerordentliche Besteuerung auch an eine Befragung des Papstes geknüpft. Alexander IV. hat 1256 die Immunität ausdrücklich auf alle Kirchengüter ausgedehnt, auch wenn es sich um neue, bisher steuerpflichtige Erwerbungen handelte, und er hat zudem jeden Zwang zur Veräußerung von Kirchengut untersagt, damit also zum erstenmal sich gegen die Amortisationsbeschränkungen gewandt. Bonifaz VIII. nahm diese Bestimmung in den Liber sextus auf, zusammen mit einem von ihm selbst erlassenen Verbot, von kirchlichen Personen und Sachen Durchgangs- und Geleitsabgaben zu fordern. Hatte sich die bisherige Gesetzgebung in praxi zumeist gegen die italischen und französischen Städte gewandt, so richtete sich die berühmte Bulle „Clericis laicos“ desselben Papstes (1296) gegen die Könige von Frankreich und England. Sie ist aber gleichfalls allgemein gehalten, enthält nicht nur eine nochmalige Verschärfung der früheren Vorschriften, sondern knüpft das Recht zu einer außerordentlichen Besteuerung nunmehr ausdrücklich an eine päpstliche Genehmigung, während bisher nur von einer Befragung des Papstes die Rede gewesen war. Daß Bonifaz VIII. diese Bulle „Clericis laicos“ bereits im Jahr darauf durch die Bulle „Romana mater ecclesia“ in schwerwiegender Weise interpretieren und einschränken mußte, hätte von Mack nicht übergangen werden dürfen. Eine förmliche Restriktion der Bulle „Clericis laicos“ erfolgte 1304 durch Benedikt XI., ihre Aufhebung 1306 durch Clemens V. So blieb es bei den früheren Erlassen.

Anders als Frankreich und England, die einer allzu schroffen Fassung der Steuerimmunität frühzeitig entgegentraten, hat das Deutsche Reich in seiner Gesetzgebung den kanonischen Forderungen durchaus entsprochen. Bereits vor dem 3. Laterankonzil hat Kaiser Friedrich Barbarossa als Schutzherr der Kirche deren unerlaubte Besteuerung durch die Städte verboten (zu Roncaglia 1158); und im Anschluß an eine Beschwerde der Wormser Kirche hat er 1182 ganz allgemein alle Diener (ministri) der Kirchen für steuerfrei erklärt. Völlig auf dem Boden der kirchlichen Vorschriften standen dann die Verord-

nungen Friedrichs II. von 1220, die auch von den folgenden Königen und Kaisern bestätigt worden sind. Mit der tatsächlichen Beobachtung dieser Grundsätze hat es freilich frühzeitig gehapert. Zu Gegnern der kanonischen Ansprüche warfen sich die Landesfürsten und die Städte auf, beide mit wachsendem Erfolg bemüht, die Steuerkraft ihres Landes voll und gleichmäßig für die staatlichen Bedürfnisse heranzuziehen. Von ihnen ist in Deutschland der Kampf gegen die theokratische Staatsauffassung ausgegangen.

Der zweite Teil des Buches bringt diese Kehrseite zu der Gesetzgebung: die Praxis, d. h. die tatsächliche Gestaltung der Steuerimmunität in den deutschen Territorien und Städten, und hier zeigt sich uns nun ein ganz anderes Bild. Mack behandelt die Territorien und die Städte getrennt. Von ersteren betrachtet er Bayern, Österreich und Innerösterreich, die thüringisch-wettinischen Lande, das östliche Kolonisationsgebiet (Brandenburg, Mecklenburg, Schlesien), Braunschweig-Lüneburg und Jülich-Berg. Diese Beschränkung soll sich daraus erklären, daß es diejenigen Staaten seien, in denen die Landeshoheit rasch zur Ausbildung gelangte und eine besonders feste Gestalt gewann (vgl. S. 57f.). Man darf freilich vermuten, daß daneben noch ein anderer Grund zur Auswahl maßgebend war: der derzeitige Stand der Forschung über das Steuerwesen. Denn an sich wären andere Territorien gewiß mit gleichem Erfolg heranzuziehen gewesen, und insonderheit die Ausscheidung der geistlichen Fürstentümer kann nur als ein Mangel bezeichnet werden. Manchmal ist sogar das, was über die behandelten Länder gesagt wird, noch der Ergänzung fähig (so die dürftigen Bemerkungen über Schlesien S. 128—133). Auch wären genauere Angaben über die einzelnen Steuern und ihre Bedeutung erwünscht gewesen. Die landesfürstlichen Steuern, ursprünglich ohne Ausnahme außerordentliche Abgaben, sind im 13. Jahrhundert teilweise schon ganz regelmäßig geworden, so daß der Verf. im allgemeinen eine Dreiteilung macht: 1. ordentliche Steuern (auch die für die Kirche besonders drückende „Gastung“ oder Herbergepflicht umfassend); 2. außerordentliche Steuern (zu einmaligen, besonderen Zwecken umgelegt); 3. indirekte Steuern (Zoll, Ungeld, Scharwerk). Die Untersuchung, inwieweit diese Steuern auf die kirchlichen Güter und Personen in den Territorien Anwendung fanden, führt im einzelnen zu verschiedenen Ergebnissen, zeigt aber im großen doch überall das gleiche Bild. Die kirchliche Steuerimmunität war prinzipiell nirgends anerkannt. Allerdings genossen die Kirchen zahlreiche Freiheiten; diese galten aber als eine besondere Bewilligung seitens des Landesherrn, als ein Ausfluß landesfürstlicher Gnade. Der Rechtsboden war also, den kanonischen Forderungen gegenüber, völlig verkehrt. Und häufig wurden auch tatsächlich von den Kirchen Abgaben genommen. Dabei ist eine Befragung des Klerus und des Papstes nicht eben häufig und nur bei den außerordentlichen Steuern festzustellen (vgl. S. 112, 135f., 140). Kaiser Friedrich III. hat 1452 als Lohn für seine Haltung in der Frage der Kirchenreform vom Papst sogar eine förmliche Aufhebung der Steuerimmunität für seine Erblände er-

langt (S. 96). Für die inneren Gründe, die überall zu einer Besteuerung der Kirchen führten, zeigt der Verf. volles Verständnis: „Es ist die Gesamtentwicklung der Verhältnisse, nicht Kirchenfeindlichkeit, sondern immanentes Gebot der Zeit, der immer schärfer sich herauschälende Staatsbegriff mit neuem Rechtswesen, neuer Rechtsverwaltung, der Übergang vom Feudalstaat zum Ständestaat, die Geldwirtschaft an Stelle der Naturalwirtschaft und nicht zum wenigsten der Konziliarismus mit allen Begleiterscheinungen, und dann vor allem die Gerechtigkeit“ (S. 141).

Eine gleiche Entwicklung weisen die Städte auf, wo die Notwendigkeit, das Steuergut zu wahren, sogar zu besonders starken Angriffen auf die Immunität geführt hat. Dies gilt in gleicher Weise von Reichsstädten und von Landstädten. So wurden hier der Besteuerung unterworfen die Geistlichen, die am Handel teilnahmen, ferner die bürgerlichen „Inquilini“ (die auf kirchlichem Grund ansässig waren), außerdem die neuerworbenen, bisher steuerpflichtigen Kirchengüter (nach dem Grundsatz „res transit cum onere“), ja nicht selten schließlich der ganze geistliche Besitz. Auch zum Mauerbau wurden die Geistlichen in ausgiebigem Maße herangezogen, wobei besonders das Ungeld (eine Verbrauchssteuer, Akzise) vielfach zu heftigen Kämpfen zwischen Stadt und Klerus geführt hat.

Ein letzter Abschnitt beschäftigt sich mit der Beschränkung des kirchlichen Erwerbs durch die Amortisationsgesetzgebung der Städte und der Territorien. Namentlich in den Städten waren die Erwerbungen der Kirchen im späteren Mittelalter sehr bedeutend, und ein Einschreiten dagegen war durchaus geboten, auch wenn man von einer Unveräußerlichkeit des Kirchenguts und einem ausgebildeten System der Toten Hand in Deutschland gewiß nicht reden kann (kürzlich zu Recht von J. Haller, *Hist. Zeitschr.* Bd. 111, 381f. betont; vgl. Mack S. 215). Vorgegangen ist in der Amortisationsgesetzgebung wieder das Ausland. In Deutschland beginnt sie im 13. Jahrhundert in den Städten, die gegenüber den zahlreichen Niederlassungen der Bettelorden eine gesunde Bodenpolitik verfolgen mußten (S. 233), und die vor allem durch die Forderung, daß jeder Neuerwerb binnen Jahr und Tag wieder veräußert werden mußte, erfolgreich in diesem Sinne eingriffen. Im 14. Jahrhundert folgten etwas zögernd die Territorien, ohne freilich hier durchschlagende Erfolge vor dem Zeitalter der Reformation davonzutragen.

Nach dem Verhältnis von Staat und Kirche, wie es uns in dem Buche von Mack entgegentritt, weist das Mittelalter drei große Perioden auf. Das Königskirchentum der alten Kaiserzeit wurde durch das Kirchenstaatstum der Papstkirche des 13. Jahrhunderts abgelöst, bis dann an dessen Stelle das Staatskirchentum der Territorien und Städte trat, aus dem sich dann das Landeskirchentum der Reformationszeit unmittelbar entwickelt hat (vgl. die „Schlußbemerkung“ bei Mack S. 241 bis 258). Die Territorialgewalten, gegen deren Aspirationen die Kirche einst in der nachkarolingischen Zeit den Bund mit der Krone geschlossen

hatte, mit deren Hilfe dann aber vom Papsttum der Kampf gegen das Kaisertum geführt worden war, haben der „plenitudo potestatis“ des Papstes also tatsächlich ein Ende bereitet, und es liegt eine Art tragischer Gerechtigkeit darin, daß die Kirche nun den Ansprüchen der Partikularmächte anheimfiel, da kein Kaiser ihr mehr einen nachhaltigen Schutz verleihen konnte.

Breslau.

Robert Holtzmann.

Anton Störmann: Die städtischen Gravamina gegen den Klerus am Ausgange des Mittelalters und in der Reformationszeit (a. u. d. T.: Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, herausgegeben von Dr. Jos. Greving, Heft 24—26). Münster i/W., Aschendorff 1916. XXII, 324 S.

Es ist nicht leicht, auf beschränktem Raum dieser unzweifelhaft recht fleißigen Arbeit gerecht zu werden; ich möchte mich deshalb auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken, ohne auf eine Kritik einzelner Punkte einzugehen, ohne auch G. v. Belows jüngste Forschungen über diese Frage („Die Ursachen der Reformation“, München-Berlin 1917) für Bejahung oder Verneinung der Ergebnisse des Verfassers mit heranzuziehen.

Der Verf. ist ein Opfer der Stellung seines Themas geworden. Nach dem augenblicklichen Stand der Forschung war es zumal für einen Anfänger kaum möglich, dieses gewaltigen Stoffes Herr zu werden; es war unausbleiblich, daß in vielen Fragen die eindringende Forschung, welche neue Ergebnisse zeitigt, versagen, daß an ihre Stelle eine Exzerptensammlung zeitgenössischer Urteile treten mußte, welche in ihrer subjektiv einseitigen Färbung lediglich den Stimmungswert des Augenblicks beanspruchen dürfen.

Nicht minder schwierig ist es, von dem reichen Inhalt dieses Buches Rechenschaft abzulegen. Wer in Zukunft über diese Fragen arbeiten wird, der muß auf diese Studie — mag er sich ihr Ergebnis im einzelnen Falle aneignen oder nicht — stets zurückgreifen. Alle Fragen kirchlichen Lebens, wie wir sie in den städtischen gravamina immer wieder erörtert finden, werden in den Kreis der Untersuchung hineinbezogen oder richtiger die Äußerungen von Zeitgenossen über das gegenseitige Verhältnis von Stadtbewohnern und Klerus in all seiner Mannigfaltigkeit werden in kaum enden wollender Fülle dem Leser aufgetischt —, und doch, weniger wäre in diesem Falle mehr gewesen. Gerade hier möchte ich ein methodologisches Bedenken äußern, das sich freilich weniger gegen den Verf. als gegen denjenigen richtet, der ihn, den Anfänger, zu dieser Arbeit ermuntert hat. Zunächst hätte der zeitliche Begriff: „Ausgang des Mittelalters“ und „Reformationszeit“ schärfer gefaßt werden müssen. Über das Jahr 1556 hinaus werden zur Beweisführung Urteile zwar nur in ganz wenigen Fällen herangezogen; anders aber ist die Sachlage